



Pressemitteilung

BDP unterstützt ausdrücklich GK II-Resolution mit Forderung an alle Bildungs- und Wissenschaftsministerien der Länder und des Bundes zu mehr Verfahrens- und Methodenvielfalt an Universitäten und Hochschulen

Im September 2020 trat das neue Psychotherapeutengesetz (PsychThG) in Kraft. Die Ausbildung zum Master in klinischer Psychologie und Psychotherapie mit anschließender Approbation wurde neu geregelt. An vielen Universitäten und Hochschulen werden die neuen Ausbildungsgänge noch finalisiert, an manchen Lehrstätten wurden die neuen Studiengänge bereits akkreditiert.

Der Gesprächskreis II (GK II) ist ein Zusammenschluss aller maßgeblichen psychotherapeutischen Fach- und Berufsverbände in Deutschland, inklusive der Fachsektion Verband Psychologischer Psychotherapeuten (VPP im BDP, Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen). Die Verbände weisen nun mit Nachdruck darauf hin, dass *sowohl in den Studiengängen nach altem Recht als auch bei den ersten neuakkreditierten Studienangeboten die im neuen Gesetz geforderte Vielfalt an Verfahren und Methoden nicht gewährleistet ist.*

Zu den *zentralen Zielen der Ausbildungsreform* gehörte eine Qualifizierung von Studierenden im *gesamten Spektrum des psychotherapeutischen Fachgebietes. Verfahrens- und Methodenvielfalt der Psychotherapie muss fachlich fundiert im Studium gelehrt werden, um Patientinnen und Patienten bestmöglich und differenziert behandeln zu können.* Diese Vielfalt umfasst die vier psychotherapeutischen Grundorientierungen Verhaltenstherapie, die psychodynamische Psychotherapie, die Systemische Therapie und die Humanistische Psychotherapie.

Lehrstühle und Professuren für alte und erste neue Studiengänge sind v.a. an staatlichen Universitäten überproportional häufig verhaltenstherapeutisch orientiert, sodass die übrigen wissenschaftlich anerkannten Verfahren und Grundorientierungen Gefahr laufen, auch weiterhin nur „am Rande“ vermittelt zu werden.

Um dem entgegenzuwirken fordert der GK II deshalb Maßnahmen zur Umsetzung der neuen Vorgaben im Hinblick auf Verfahrens- und Methodenvielfalt für das Studium der klinischen Psychologie/Psychotherapie. In diesem Zusammenhang muss auch die Besetzung der im Kontext der Ausbildungsreform neu geschaffenen Stellen mit VertreterInnen aller Verfahren und Grundorientierungen der Psychotherapie berücksichtigt werden.

Die von den Humanistischen Verbänden im GK II initiierte Resolution wurde ohne Gegenstimmen im Konsens aller beteiligten Verbände verabschiedet und an alle Bildungs- und Wissenschaftsministerien auf Landes- und Bundesebene versendet.

Kontakt

Susanne Berwanger: Vizepräsidentin des BDP e.V. und Vorsitzende der Sektion Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP in BDP e.V.)

presse@bdp-verband.de